

## **Antrag der AfD-Fraktion**

**öffentlich**

<b>Zur Sitzung</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Behandlung</b>
Rat der Stadt	09.02.2023	Entscheidung

---

### **Betreff**

### **Neues Sicherheitskonzept für Duisburg**

---

### **Inhalt**

#### **Der Rat beschließt:**

Der Oberbürgermeister und die Verwaltung werden aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium Duisburg, der Staatsanwaltschaft Duisburg, den Amtsgerichten in Duisburg, dem Jugendamt und dem Ordnungsamt der Stadt Duisburg ein neues Sicherheitskonzept für die Stadt zu entwickeln.

#### **Begründung:**

Nachdem die Stadt Duisburg 2022 ein Jahr der Gewalt erlebt hat, muss Schluss sein mit Verheimlichung der Täter, Leugnung der verfehlter Integration und Wegdrücken der politisch Verantwortlichen. Der Rat der Stadt hat nach der Massenschießerei in Hamborn in einer diesbezüglichen Sondersitzung einen Antrag der AfD-Fraktion zu Sofortmaßnahmen, die dazu beigetragen hätten, die Sicherheitslage in Duisburg zu verbessern, mehrheitlich abgelehnt. Ebenso wurde ein weiterer Antrag der AfD-Fraktion zur eskalierenden Gewalt auf Duisburgs Straßen und zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung im Stadtgebiet Duisburg abgelehnt. Die Probleme lösen sich aber nicht in Luft auf, sie werden nur noch größer. Damit der immer weiter eskalierenden Gewalt in Duisburg begegnet werden kann, bedarf es eines eindeutigen Signals seitens der Politik an diese Gewalttäter und Randalierer, denen leider zwischen dem 29.12.2022 und dem 01.01.2023 in Hochfeld rund um die Pauluskirche das Feld überlassen wurde. Jedem in unserer Stadt, aber gerade den politisch Verantwortlichen müsste klar sein, dass das bisherige Sicherheitskonzept unserer Stadt gescheitert ist. Aus diesem Grunde beantragen wir die Erarbeitung eines neues Sicherheitskonzept, welches sich an den tatsächlichen Gegebenheiten in unserer Stadt orientiert. Die Gewalteskalation durch eine immer größer werdende Zahl an jugendlichen und heranwachsenden Straftätern, die das Gewaltmonopol des Staates nicht nur in Frage stellen, sondern es offen herausfordern, muss unter Einbindung aller zuständigen Stellen bei Stadt und Polizei und ohne Denkverbote durchbrochen werden.

Ein „weiter so“ im Jahr 2023 darf es sicherheitspolitisch in unserer Stadt nicht geben.